

**14**  


---

**75**

# Union in Deutschland

Bonn, den 3. April 1975

## Neue Opfer brutaler Gewalt

**Tag für Tag sind wir an den Bildschirmen Zeugen eines grauenhaften Geschehens in Vietnam. Das alles geschieht im Zeichen eines vor kaum zwei Jahren beschlossenen Waffenstillstandes, der von den Kommunisten nie eingehalten wurde und heute mehr Opfer fordert als der Krieg, als man ihn noch Krieg nannte.**

Wir Deutschen wissen am besten, was ein Flüchtlingsschicksal bedeutet. Helmut Kohl hat Bundeskanzler Schmidt dringend aufgefordert, sich sofort mit den Regierungschefs der übrigen Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft in Verbindung zu setzen, um eine umfassende europäische Hilfe für die in Not geratene Bevölkerung Südvietnams zu organisieren. Angesichts des Elends der Flüchtlinge und des Leids von Millionen von Menschen in Vietnam reiche Geld allein nicht aus, um die Not zu lindern. Deshalb müßten sich alle Länder der Gemeinschaft an einer solidarischen Aktion humanitärer Hilfe für Südvietnam beteiligen.

Die Linken in unserem Land — bis weit in die SPD hinein — aber müssen sich fragen lassen: Wo bleibt ihr Protest gegen diese erneute kommunistische Gewaltpolitik? Oder gilt ihr Protest nur nichtkommunistischer Gewalt?

### ■ DDR

Bei den Finanzierungsverhandlungen mit der DDR für die Verbesserung der Transitverbindungen müssen die bereits von Bonn gezahlten Milliarden in Anrechnung kommen.

Seite 4

### ■ GASTARBEITER

Helmut Kohl setzt sich für eine Lösung der Gastarbeiterfrage durch eine gemeinsame Arbeitsmarktpolitik im Rahmen der EG ein.

Seite 5—6

### ■ BUNDESPOST

Die Union weist nach, daß die zunehmenden Verluste und der Anstieg der Verschuldung der Bundespost u. a. die Folge von Planungsfehlern und Konzeptionslosigkeit sind.

Seite 7—8

### ■ JUGEND

Die CDU präsentiert ein Programm zur Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit mit Schwerpunkt auf der Verbesserung der Schul- und Berufsbildung.

Dokumentation

## ■ INFORMATIONEN

### Zwei CDU/CSU-Länder drängen auf Staatsschutz-Gesetze

Baden-Württemberg und Bayern drängen darauf, im Interesse der inneren Sicherheit und des Schutzes des Staates die Gesetzentwürfe zur Verfassungstreue im öffentlichen Dienst „beschleunigt“ zu behandeln. Mit einem Entschließungsantrag, der am 11. April vom Bundesrat behandelt werden soll, wollen sie jetzt diesem Verlangen Nachdruck verleihen. In dem Antrag heißt es, jede weitere Hinauszögerung einer einheitlichen und „eindeutigen“ Regelung für Bund und Länder könne die bisher unterschiedliche Praxis zementieren und müsse zudem alle diejenigen ermutigen, die die Änderung unserer Staats- und Gesellschaftsordnung zum Ziele haben.

### Aktion „Roter Punkt“ kommunistisch gesteuert

Die Aktion „Roter Punkt“, die für die im öffentlichen Personenverkehr des Großraumverkehrsverbundes Hannover unmittelbar bevorstehenden Fahrpreiserhöhungen Protestkundgebungen und Demonstrationen vom 1. April angekündigt hat, wird nach Ansicht des niedersächsischen Innenministeriums kommunistisch gesteuert. Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) versuche den Anschein zu erwecken, bei der Aktion „Roter Punkt“ handele es sich „um einen von breiten Schichten getragenen Zusammenschluß“, der die Interessen der Bevölkerung wahrnehme. In Wahrheit versuche die DKP jedoch, ihre „Po-

litik der sogenannten Aktionseinheiten“ auch in diesem Fall durchzusetzen. Der beherrschende Einfluß der Kommunisten komme schon darin zum Ausdruck, meinte der Ministeriumssprecher, daß die Mehrzahl der Gruppen, die die Aufrufe der Aktion „Roter Punkt“ unterstützten, Hilfsorganisationen der DKP oder von ihr abhängige Organisationen seien.

### Kein Schmerzensgeld für Heinrich Böll

Schriftsteller Heinrich Böll ist vor dem Kölner Landgericht mit einer Klage gegen den Berliner Journalisten und „Tagesschau“-Kommentator Mathias Walden unterlegen. Die 28. Zivilkammer wies Bölls Forderung nach einem Schmerzensgeld in Höhe von 100 000 DM ab. Böll hatte Walden verklagt, weil er sich durch einen Fernseh-Kommentar Waldens in der Spätausgabe der „Tagesschau“ vom 21. November 1974 diffamiert und in Ansehen und Ehre geschädigt fühlte. Walden hatte in dem Kommentar am Tage der Trauerfeierlichkeiten für den ermordeten Kammergerichtspräsidenten von Drenckmann u. a. gesagt, daß der Boden der Gewalt in der Bundesrepublik „durch den Ungeist der Sympathie mit den Gewalttätern gedüngt“ worden sei und in diesem Zusammenhang Böll erwähnt.

### Filbinger setzt sich für Audi-NSU ein

Drei Wochen vor der Entscheidung der VW-Konzernspitze über das Schicksal der Audi-NSU-Werke in Neckarsulm, Heilbronn und Neuenstein mit zusammen 10 200 Arbeitsplätzen hat sich der baden-württembergische Ministerpräsident Filbinger an alle Mitglieder des

VW-Aufsichtsrats mit der Bitte gewandt, eine Schließung der Fabriken im württembergischen Unterland zu verhindern. Für eine Stilllegung, meint Filbinger, gebe es keine Gründe, zumal da es sich erwiesen habe, daß Audi-NSU von der Struktur und vom Auftrag her „stärker“ sei als das Volkswagenwerk.

## Schriftstück zur Entführung von Lorenz

Bei der Durchsicherung der Zellen der Stuttgarter Baader-Meinhof-Gefangenen sind im Papierkorb von Andreas Baader schriftliche Aufzeichnungen zur Entführung des Berliner CDU-Chefs Lorenz entdeckt worden. Dies teilte Generalbundesanwalt Buback mit. Man wisse, daß zwei der bei der Lorenz-Entführung freigelassenen Anarchisten versucht hätten, mit den Anwälten Croissant und Haag (Heidelberg) ein Gespräch zu führen. In den Zellen wurden den Angaben Bubacks zufolge „Berge von Material“ vorgefunden, das noch ausgewertet werden müsse. In einem Schriftstück seien die RAF-Anwälte angewiesen worden, noch vor der Behandlung der Anträge auf Ausschluß von Anwälten eine Pressekonferenz abzuhalten.

## Reckers RCDS-Vorsitzender

Der 22 Jahre alte Jurastudent Hans Reckers aus Münster/Westfalen ist auf der 26. ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) zum neuen Bundesvorsitzenden des Studentenverbandes gewählt worden. Reckers, der 1972 Bundessprecher der der CDU nahestehenden „Schüler-Union“ war, erhielt in Marburg 39 von 61 möglichen Delegiertenstimmen.

## STICHWORTE

### In Berlin

*sollten Teile der UNO-Weltuniversität angesiedelt werden. Dafür will sich die „Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen“ einsetzen.*

### Die Beliebtheit

*der USA in der Bundesrepublik sank von 62 Prozent im März 1974 auf 49 Prozent im März 1975. Ergebnis einer Befragung durch die Wickert-Institute, Tübingen.*

### Die „Westarbeit“

*der SED wird intensiviert. Spezielle Arbeitsgruppen sollen die DKP bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen finanziell und durch Agitation unterstützen.*

### Nur 278 Aussiedler

*kamen 1974 aus der CSSR. 1967 waren es 11 000, 1969 sogar 15 000. 22 000 kamen jährlich zwischen 1956 und 1970 aus Polen. 1974 nur noch 8 000.*

### 45 Prozent

*der Bevölkerung halten eine „große Geldentwertung“ in den nächsten Jahren für möglich, berichtet der Wirtschaftsinformationsdienst Curt J. Schmitt.*

### DDR-Minenfelder

*an der Zonengrenze erstrecken sich über 664 Kilometer. Automatische Selbstschußanlagen wurden auf 134 km Länge installiert. Ihr Ausbau wird fortgesetzt. Der Kfz-Sperrgraben hat inzwischen eine Länge von 741 km erreicht. NVA-Pioniere haben bisher 901 Erdbunker angelegt.*

## ■ DDR

# Bonn darf nicht sämtliche Kosten übernehmen

**Zu den neuen Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR stellt für die CDU/CSU Prof. Manfred Abelein fest, daß die Verwirklichung der von der SED Anfang Dezember 1974 unterbreiteten Vorschläge gewiß zu einer spürbaren Verbesserung der Transitverbindungen zwischen Berlin und Westdeutschland führen würde.**

**F**reilich, so fährt Abelein fort, die Forderung Ost-Berlins, daß die Bundesrepublik (bzw. Berlin [West]) sämtliche Kosten zu übernehmen habe, muß von vornherein zurückgewiesen werden; dies kann nicht einmal als Ausgangspunkt von Verhandlungen stehenbleiben.

Staatssekretär Gaus, der Unterhändler, sollte sich seines Eingeständnisses zur Jahreswende erinnern, man habe sich Illusionen gemacht; er muß sich deshalb zur unbedingten Nüchternheit zwingen und die feste Wahrung unserer Interessen als alleinige Richtschnur im Auge behalten. Finanzielle Mammuterwartungen der SED müssen in den Bereich sozialistischer Träumereien verwiesen werden.

Die Bundesrepublik Deutschland zahlt bisher schon pro Jahr 235 Millionen DM Transitgebühren, ohne daß die DDR diese Beträge bisher für eine angemessene

Instandhaltung der Transitstrecken verwandt hätte.

Außerdem ist die DDR im Zusammenhang mit dem „Paket“ vom 9. Dezember 1974 durch ein neues Swing-Abkommen bereits in den Genuß eines jährlichen zinsfreien Kredits von 850 Millionen DM gelangt.

Darüber hinaus stellen die Transitstrecken keine exterritorialen Verkehrswege dar, sondern sind — Bahn- und Straßenverbindungen gleichermaßen — Hauptverkehrsadern des mitteleuropäischen Raumes; von jeder Verbesserung profitiert daher auch der Binnenverkehr der DDR.

Schließlich sollte nicht vergessen werden, daß es sich bei den wieder auszubauenden zweiten Gleisen der Bahn-Transit-Strecken um einige hundert jener fast 10 000 km Bahngleise handelt, die die Sowjets nach dem Krieg als Beute demontieren ließen — mit Unterstützung der SED!

Wenn also die SED davon spricht, daß „Lösungen gefunden werden, die der DDR keine zusätzlichen ökonomischen Belastungen bringen“, so könnte dies vielleicht, gerade anläßlich des 30. Jahrestages der „Befreiung“, zu einer großmütigen Geste der Sowjetunion führen; ein Aspekt, dem freilich die DDR-Regierung selbst nähertreten müßte.

Im übrigen könnte es im Verlaufe der Verhandlungen geraten sein, den Themenkatalog zu erweitern und Erleichterungen für die Bevölkerung in der DDR und Ost-Berlin mit in die Gespräche einzubeziehen; eine wesentliche Senkung des ausreiseberechtigten Alters ist schon lange überfällig — um nur ein Beispiel von vielen dringend anstehenden Problemen zu nennen. Auch daran sollte Staatssekretär Gaus denken.

## ■ ARBEITSMARKT

# Gastarbeiter — Prügelknaben der Arbeitslosigkeit?

**Jeder zweite Bundesbürger macht die große Zahl der Gastarbeiter für die hohe Arbeitslosigkeit verantwortlich. Das ergab eine vor einiger Zeit durchgeführte Repräsentativbefragung in der Bundesrepublik Deutschland. Ende 1969 waren 1,5 Millionen ausländische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt. Heute muß man sich sicherlich fragen, ob es richtig war, von Anfang 1970 bis zum Anwerbestop im Herbst 1973 eine weitere Million ausländischer Arbeitnehmer in die Bundesrepublik zu holen. Hierzu stellt Helmut Kohl folgendes fest:**

**D**ie Ursachen dieser Entwicklung liegen eindeutig in der falschen Konjunkturpolitik der SPD/FDP-Koalition. Denn der ungebremste Konjunkturaufschwung verursachte das damalige Arbeitskräftedefizit und gleichzeitig die inflationäre Entwicklung.

Die Konsequenz aus dieser falschen Entwicklung kann jedoch nicht lauten, daß wir heute, in einer konjunkturell schwierigen Situation, ausländischen Arbeitnehmern die Arbeitserlaubnis beliebig entziehen. Wir dürfen nicht vergessen, daß wir selbst diese Arbeitnehmer gewollt haben, um Arbeitsplätze besetzen zu können und damit unseren wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu ermöglichen.

Wir dürfen vor allem aber nicht vergessen, daß wir keine Maschinen importiert, sondern Menschen zu uns geholt haben. Es widerspricht dem Menschenbild der CDU, den ausländischen Arbeitnehmer zum bloßen Objekt der Arbeitsmarktpolitik zu machen. Ihm muß Raum für seine freie Entscheidung gegeben sein, damit er seine persönliche und berufliche Zukunft selbst planen kann. Ein großer Teil der bei uns lebenden ausländischen Arbeitnehmer hat selbst den Wunsch, nach einer gewissen Zeit in das Heimatland zurückzugehen. Diese Rückkehr wird oft jedoch dadurch gehemmt, daß die ausländischen Arbeitnehmer Angst vor möglichen Schwierigkeiten bei der Wiedereingliederung im Heimatland haben. Die Bundesrepublik hat deshalb die Pflicht, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Möglichkeit der Rückkehr ungeschmälert erhalten bleibt.

Wir müssen den ausländischen Arbeitnehmern die Möglichkeit geben, ihre kulturelle Eigenständigkeit bewahren zu können. Wir sollten auch mit den Heimatländern Vereinbarungen treffen, damit die in der Bundesrepublik erworbenen Bildungs- und Ausbildungsabschlüsse dort volle Anerkennung finden. Dadurch wird erleichtert, daß die ausländischen Arbeitnehmer bei ihrer Rückkehr in das Heimatland eine ihren Kenntnissen und Fähigkeiten entsprechende Beschäftigung finden.

Die illegale Einreise und der illegale Aufenthalt von Ausländern muß konsequent bekämpft werden. Dies liegt im Interesse aller, auch der legal hier lebenden ausländischen Arbeitnehmer. Hierzu ist ein Zusammenwirken der Ausländerbehörden, der Sicherungsorgane aller übrigen zuständigen Stellen und Behörden notwendig. Darüber hinaus müssen zwischenstaatliche Vereinbarungen und internationale Zusammenarbeit dazu beitragen, daß innerstaatliche Maßnahmen Erfolge haben.

Der Anwerbepotential für ausländische Arbeitnehmer, die nicht aus der Europäischen Gemeinschaft kommen, muß beibehalten werden. Das erfordert unsere derzeitige Wirtschaftslage. Die Bundes-

regierung sollte diese Zeit dazu nutzen, um unverzüglich in Abstimmung mit den Ländern eine umfassende und verbindliche Konzeption zur Ausländerpolitik vorzulegen. Darin müssen auch Vorstellungen darüber enthalten sein, welche Initiativen die Bundesregierung ergreifen will, um eine gemeinsame Arbeitsmarktpolitik im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft zu verwirklichen.

Denn der Zustrom aus Drittländern muß künftig entsprechend den Bedürfnissen der gesamten Gemeinschaft gelenkt werden. Das sind wir aus humanen und wirtschaftspolitischen Gründen unseren ausländischen Arbeitnehmern, aber auch unserer eigenen Bevölkerung schuldig.

## Verstärkter Rückgang der Ausländerbeschäftigung

Für das dritte Quartal 1974 — der letzten Erhebung — schätzt die Bundesanstalt für Arbeit (BfA) in Nürnberg die Zahl der im Bundesgebiet beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer auf 2,35 Millionen. Das ist gegenüber Ende Juni 1974 ein Rückgang um 90 000 oder 3,7 Prozent. Seit Ende September 1973, dem Höhepunkt der Ausländerbeschäftigung, hat die Zahl der in der Bundesrepublik versicherungspflichtig beschäftigten Ausländer um 245 000 oder 9,4 Prozent abgenommen.

Unter den am 30. September 1974 beschäftigten Ausländern waren

590 000 (25 Prozent) Türken,  
470 000 (20 Prozent) Jugoslawen,  
370 000 (16 Prozent) Italiener,  
225 000 (10 Prozent) Griechen,

165 000 (7 Prozent) Spanier,  
85 000 (4 Prozent) Portugiesen.

Die restlichen 445 000 (18 Prozent) verteilen sich auf andere Nationen.

Die bisher übermittelten Daten aus dem Meldeverfahren zur Sozialversicherung und zur Bundesanstalt erlauben laut BfA noch keine weitere Aufgliederung nach anderen Merkmalen. Dies könne erst nach dem vollständigen Eingang der Jahresmeldungen 1973 erfolgen, die bei den Ausländern bislang erst zu 80 Prozent vorlagen. Auch eine zuverlässige Schätzung der Entwicklung für das vierte Quartal 1974 ist nach Angaben der BA noch nicht möglich. Jedoch scheine sich die Abnahme der Ausländerbeschäftigung bis zum 31. Dezember 1974 mindestens ebenso stark wie im dritten Quartal 1974 fortzusetzen.

## ■ BUNDESPOST

# Konzeptionslosigkeit und laufend Fehlplanungen

**Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat kurz vor Ostern eine Anfrage zur Finanzlage, Personalsituation, Verkehrsentwicklung, Investitionspolitik, Rationalisierung sowie Umorganisation der Verwaltung der Deutschen Bundespost im Bundestag eingebracht.**

**A**nlaß für die Anfrage sind die zunehmenden Verluste der Deutschen Bundespost, der starke Anstieg in der Verschuldung und die damit drohenden Gefahren für den Bundeshaushalt, die unklare Personalpolitik, die z. T. rückläufige Nachfrage sowie die zunehmende Verunsicherung der Mitarbeiter durch Anknüpfung von Rationalisierungsmaßnahmen und Umorganisation der Verwaltung. Es werden u. a. folgende Bereiche angesprochen:

### I. Finanzielle Situation

Während die Deutsche Bundespost in den Jahren von 1960 bis 1969, also in zehn Jahren — wenn man die Gewinne und Verluste der Jahre saldiert — noch einen Gewinn von rd. 782 Mio. DM auswies, so hatte sie in den folgenden fünf Jahren von 1970 bis 1974 Verluste in Höhe von insgesamt 3,8 Mrd. DM. Wir befürchten, daß die Deutsche Bundespost in den kommenden vier Jahren bis 1978 weitere Verluste in der Größenordnung zwischen 5 und 6 Mrd. DM machen wird.

Parallel dazu vollzieht sich eine zunehmende Verschuldung der Deutschen

Bundespost. So hat sich z. B. der Schuldenstand in Höhe von rd. 16,6 Mrd. DM Ende 1969 — also von 20 Jahren — auf rd. 41 Mrd. DM Ende 1974 — in fünf Jahren — quasi verdoppelt.

Die nächste Gebührenerhöhung ist im Grunde schon vorausprogrammiert!

Die CDU/CSU interessiert ferner, welche Finanzhilfen des Bundes für die Deutsche Bundespost in den kommenden Jahren vorgesehen sind, sei es im Rahmen von Zinshilfen oder auch im Hinblick auf eine Verstärkung des Eigenkapitals, das ja mittlerweile auf etwa 15 % abgesunken sein dürfte.

### II. Verkehrsentwicklung

Nach den bisherigen Angaben der Deutschen Bundespost war die Verkehrsentwicklung im Postbereich auch im vergangenen Jahr stark rückläufig (Januar bis November: Wurfsendungen — 31,6 %; Paketdienst — 6,3 %). Im Fernmeldebereich setzte sich die starke Abnahme der Wachstumsraten weiter fort (Fergespräche + 5,5 %). Hierzu würde uns insbesondere interessieren, wie die Deutsche Bundespost die weitere Verkehrsentwicklung prognostiziert und welchen Einfluß die letzte Gebührenerhöhung auf das Verkehrsaufkommen hatte.

Ebenso ist uns bekannt geworden, daß die Anträge für neue Telefonanschlüsse rapide zurückgegangen sind, und daß sich das Verhältnis von Neuanmeldungen zu Abmeldungen z. Z. wie 2:1 be-

laufen soll. Damit stellt sich natürlich auch die Frage, was die Deutsche Bundespost gedenkt zu tun, um der rückläufigen Nachfrage z. B. durch attraktive Angebote wirksam zu begegnen?

### III. Personelle Situation

In seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im März vorigen Jahres hatte der Bundespostminister noch einen Personalüberhang bei der Deutschen Bundespost bestritten. Wenig später wollte der damalige Postminister Ehmke bis Ende 1974 28 000 Planstellen einsparen. Noch im Dezember 1973 hatte allerdings der damalige Bundesfinanzminister und heutige Bundeskanzler Schmidt in einem Rundfunkinterview erklärt, man könne bei der Deutschen Bundespost neue Arbeitsplätze schaffen, wenn sich die allgemeine Beschäftigungslage verringere. Nach Feststellung in der Bundesratsdrucksache 19/75 vom 8. Januar 1975 sollen nun bis 1979 48 000 besetzte Dienstposten eingespart werden. Alle diese Äußerungen zusammengefaßt, zeigen, daß bei der Personalplanung der Deutschen Bundespost ein großes Durcheinander herrschen muß. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion möchte wissen, ob es einen Personalüberhang bei der Post gibt bzw. wo Personal eingespart werden kann.

In den vergangenen Jahren waren im Jahresdurchschnitt etwa 5 000 bis 6 000 Fernmeldelehrlinge eingestellt worden. In diesem Jahr stellte sich dagegen auf einmal heraus, daß man z. Z. überhaupt keine Fernmeldelehrlinge braucht. Auch hier stellt sich die Frage nach Fehlplanung.

### IV. Stand der Rationalisierung

Von den verschiedenen Bundespostministern der letzten Jahre wurden zahlreiche Rationalisierungsvorhaben

und entsprechende Personaleinsparungen angekündigt. Die CDU/CSU möchte nun einmal wissen, wie es um diese Rationalisierungsmaßnahmen steht und was tatsächlich eingespart worden ist. Darüber hinaus möchten wir auch darüber informiert werden, wo in den kommenden Jahren die Rationalisierungsschwerpunkte liegen und welche voraussichtlichen Einsparungen sich daraus ergeben werden.

Eine gewisse Unruhe hat es in letzter Zeit bezüglich der Neuorganisation der Ämter mit Verwaltung gegeben. Über die einzelnen Maßnahmen und ihre Folgewirkungen möchten wir informiert werden. Gleichfalls wollen wir wissen, wie weit die Überlegungen bezüglich einer Neugliederung der Oberpostdirektionen gediehen sind, welche Oberpostdirektionen davon betroffen werden und welche Einsparungen sich daraus ergeben werden.

## ■ TERMINE

- 18. 4. **CDU — Bund, Mittelstandsvereinigung, Bundesvorstand, Bonn**
- 18. 4. **CDU Niedersachsen, Vorstand, Oldenburg**
- 18./19. 4. **CDU Niedersachsen, Parteitag, Oldenburg**
- 19. 4. **JU Schleswig-Holstein, Landesvorstand, Kiel**
- 21. 4. **CDU — Bund, Präsidium, Saarbrücken**
- 25. 4. **LV Berlin, Landesvorstand**
- 25. 4. **BV Nordwürttemberg, Bezirksvorstand/Bezirksparteiausschuß**
- 25. 4. **KPV Niedersachsen, Delegiertenversammlung, Bad Nenndorf**
- 25. 4. **CDU — Bund, BFA „Wirtschaftspolitik“**
- 25./26. 4. **CDU — Bund, Bundesausschuß für Sicherheitspolitik, Bonn**
- 25./27. 4. **JU Hessen, Landtag**
- 26. 4. **BV Nordwürttemberg, Bezirksparteitag**
- 26. 4. **LV Schleswig-Holstein, Sozialausschüsse, Landesausschuß, Neumünster-Einfeld**

## ■ KOALITION

### Massive Wahlwerbung der Bundesregierung in NRW

Die Bundesregierung hat, wie sich aus der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage durch Staatssekretär Bölling am 21. März 1975 ergibt, seit 1. Dezember 1974 für über 11 Millionen DM aus Haushaltsmitteln Anzeigen und Informationsbroschüren in Auftrag gegeben. Weitere Anzeigen und Broschüren im Gesamtumfang von 211 000 DM sind bis zum 4. Mai vorgesehen, so daß die Bundesregierung für insgesamt fast 11,3 Millionen DM Werbung im Landtagswahlkampf von Nordrhein-Westfalen betreibt.

### Keine Änderung in Hessens Schulpolitik

An den konkreten Zielen der linkslastigen hessischen Bildungspolitik hat sich nichts geändert. Dies stellt in einer Analyse der ersten hundert Regierungstage von Kultusminister Krollmann die CDU-Fraktion im Hessischen Landtag fest. Die Methoden zur Durchsetzung dieser Ziele sind zwar andere geworden. Im Gegensatz zu seinem Amtsvorgänger von Friedeburg hat Krollmann große Erfahrung in Politik und Verwaltung. In ihren Auswirkungen insgesamt also wird die Krollmann'sche Politik gefährlicher, weil an die Stelle des ideologischen Eiferers der „kühle Vollstrecker südhessischer Parteitagebeschlüsse in der Bildungspolitik“ getreten ist. Kultusminister Krollmann hat in den letzten Tagen mehrfach öffentlich bekräftigt, er sei fest entschlossen, die Bildungspolitik seines Vorgängers von Friedeburg konsequent fortzusetzen. Kultusminister Krollmann beschäftige die kommunisti-

sche Agitatorin Anne Lenhart weiter an einer hessischen Schule, obwohl eine höchstrichterliche Entscheidung die Entlassung aus dem rheinland-pfälzischen Schuldienst als rechtmäßig bestätigt habe, erklärte die CDU-Fraktion.

### Einstweilige Verfügung gegen Brandt

Auf Antrag des CSU-Vorsitzenden Strauß hat die 4. Zivilkammer des Bonner Landgerichts eine Einstweilige Verfügung gegen SPD-Vorsitzenden Brandt erlassen. Danach wird Brandt, wie die Pressestelle des Landgerichts bestätigte, bei Androhung eines Ordnungsgeldes bis zu 500 000 DM oder einer Ordnungsstrafe bis zu sechs Monaten die Behauptung untersagt, Strauß habe in der Passauer Nibelungenhalle die Bundesrepublik „einen Saustall“ genannt. Brandt muß die Kosten des Verfahrens tragen, dessen Streitwert auf 100 000 DM festgesetzt wurde.

### SPD-Linke weiter im Vormarsch

In dem mit 1 400 Mitgliedern größten südhessischen SPD-Ortsverein Rüsselsheim sind 13 der insgesamt 25 Vorstandsposten nach einer turbulenten Sitzung von den Linken erobert worden — darunter auch Norbert Wiczorek, Ehemann der in Rüsselsheim wohnenden Juso-Bundesvorsitzenden Heidi Wiczorek-Zeul. Daraufhin erklärte der wiedergewählte Vorsitzende Martin Schlappner spontan seinen Rücktritt. Der Landtagsabgeordnete (44) folgte damit dem Beispiel des 2. Vorsitzenden des Opel-Betriebsrats, Philipp Petzold. Beide erklärten, sie könnten den Kurs der neuen Mehrheit nicht mittragen. Die linke Mehrheit solle nun auch die politische Verantwortung übernehmen.

Auch in Marburg haben die Linken Terrain bei Vorstandswahlen gewonnen. Hier haben vor allem die Studenten die Vorstandsposten der SPD erobert, weil sich viele Genossen, die sich zur SPD als Volkspartei bekennen, nicht an den Abstimmungen beteiligten.

## Verfassungswidriger Boykott-Aufruf

Eine Kostprobe vom Demokratieverständnis und von ihren Auffassungen zur Presse- und Meinungsfreiheit liefert die Eschweiler SPD. Sie hat in einem Rundschreiben — unterzeichnet vom Ortsvorsitzenden Erich Borschkeit — ihre ca. 1 000 Mitglieder aufgerufen, Geschäfte und Kaufläden zu meiden, die in dem der CDU-nahestehenden „Eschweiler Monatsspiegel“ inserieren. Wörtlich heißt es in dem Rundschreiben: „Unsere Mitglieder bitte ich recht herzlich, sich die dort annoncierenden Geschäfte einzuprägen und sie nach Möglichkeit zu meiden.“ Mit dieser Aufforderung verstößt die SPD in Eschweiler gegen Grundgesetzartikel 3, Absatz 3: „Niemand darf wegen ... seiner politischen Anschauung benachteiligt oder bevorzugt werden.“

## Zusammenarbeit von SPD-Politikern mit Kommunisten

Auch heute noch arbeiten führende SPD-Mitglieder eng mit Kommunisten zusammen, ohne von der Partei hierfür gerügt zu werden, erklärte in Kiel der Pressesprecher der CDU Schleswig-Holsteins, Volker Koop. Koop bezog sich auf ein Flugblatt der kommunistisch gesteuerten Landesinitiative „Weg mit dem Berufsverbot“, für das der Vorsitzende des agrarpolitischen Beirats der SPD, Uwe Ritscher, mitverantwortlich zeichnet. Darin setzen sich die Unterzeichner, zu denen auch der Landtagsabgeordnete

Bünemann und das DKP-Mitglied Schulz-Brammer gehören, für die Aufhebung des Extremisten-Erlasses ein. Koop erklärte, während Bünemann unter anderem wegen seiner Mitarbeit in dieser kommunistisch gelenkten Organisation die SPD habe verlassen müssen, könne Ritscher ungehindert weiter mitarbeiten. Dies beweise, daß Bünemanns Parteiausschluß lediglich als Alibi für die angebliche Abgrenzung der schleswig-holsteinischen SPD gegenüber Kommunisten dienen solle.

## SPD erhält Quittung für Diffamierung

Seit dem 14. März tauchen in den nordrhein-westfälischen Tageszeitungen als Anzeigen wieder die „wichtigen Informationen für unsere Freunde“ auf, mit denen die SPD seit dem 72er Bundestagswahlkampf ihre Wahlkämpfer munitioniert. In ihnen konzentriert sich das tragende Stilelement des SPD-Wahlkampfes: die schamlose Diffamierung des politischen Gegners.

Jetzt wurde eine Anzeige mit dem zum Dauerbrenner hochstilisierten Thema „Strauß will die Krise!“ dem Bonner „General-Anzeiger“ doch zu bunt. Kernsatz der bodenlosen Unterstellung: „Strauß hat es offen ausgesprochen: Er will unser Land in den Bankrott treiben, um die CDU/CSU wieder an die Macht zu bringen!“ (Gezeichnet übrigens von Heinz Kühn)

Der „General-Anzeiger“ verweigerte die Annahme dieser Anzeige und warb in einer Eigenanzeige dieser Tage bei seinen Lesern „um Verständnis“ dafür, „wenn Anzeigen politischer Organisationen oder Parteien, die Diffamierungen von Persönlichkeiten enthalten oder extremistische Tendenzen zum Ausdruck bringen, in unserer Zeitung keine Aufnahme finden können“.

## ■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

In dieser UiD-Ausgabe geben wir Ihnen erneut eine Gesamtaufstellung aller Informations- und Werbematerialien, die z. Zt. beim IS-Versandzentrum vorliegen. Das Gesamtangebot aus UiD Nr. 5 verliert damit seine Gültigkeit.

Best.-Nr.	Titel	Mindestabnahme	Preis DM
<b>Helmut Kohl</b>			
163	Personalprospekt Helmut Kohl	250 Expl.	5,80 pro 100 Expl.
308	Vierfarb-Rednerankündigungsplakat DIN A 1 (59,4×84 cm)	50 Expl.	0,45 pro Expl.
317	Vierfarb-Rednerankündigungsplakat DIN A 0 (84×118,8 cm)	50 Expl.	0,77 pro Expl.
Reden:			
310	Helmut Kohl „CDU und Gewerkschaften“	20 Expl.	0,29 pro Expl.
3330	Helmut Kohl „Mut für eine politische Zukunft“	20 Expl.	0,30 pro Expl.
3342	Helmut Kohl „Bonn wird nicht Weimar“; Bundestagsrede in der Debatte zur Inneren Sicherheit <b>NEU</b>	20 Expl.	0,16 pro Expl.
<b>Flugblätter</b>			
297	Steuerreform Flugblätter zur Wirtschaftspolitik: „Was nun Herr Bundeskanzler?“	1 000 Expl.	14,— pro 1 000 Expl.
1335	Bildversion <b>NEU</b>	1 000 Expl.	10,— pro 1 000 Expl.
1340	Textversion <b>NEU</b>	1 000 Expl.	10,— pro 1 000 Expl.
1341	Was sagt Franz Josef Strauß wirklich? <b>NEU</b>	1 000 Expl.	13,40 pro 1 000 Expl.
<b>Personalprospekte</b>			
163	Helmut Kohl	250 Expl.	5,80 pro 100 Expl.
164	Gerhard Stoltenberg	250 Expl.	5,80 pro 100 Expl.
165	Heinrich Köppler	250 Expl.	5,80 pro 100 Expl.
166	Hans Filbinger	250 Expl.	5,80 pro 100 Expl.
167	Hans Katzer	250 Expl.	5,80 pro 100 Expl.
168	Helga Wex	250 Expl.	5,80 pro 100 Expl.
169	Prof. Biedenkopf	250 Expl.	5,80 pro 100 Expl.
170	Walther Leisler Kiep	250 Expl.	5,80 pro 100 Expl.
171	Prof. Ludwig Erhard	250 Expl.	5,80 pro 100 Expl.

Best.- Nr.	Titel	Mindest- abnahme	Preis DM	
172	Kurt Georg Kiesinger	250 Expl.	5,80 pro	100 Expl.
173	Kai-Uwe von Hassel	250 Expl.	5,80 pro	100 Expl.
174	Prof. Karl Carstens	250 Expl.	5,80 pro	100 Expl.
<b>Faltprospekte</b>				
176	Mitgliederwerbeprospekt „Ergreifen Sie Partei“	500 Expl.	25,— pro	500 Expl.
236	Bodenrecht	500 Expl.	25,— pro	500 Expl.
237	Berufliche Bildung	500 Expl.	29,— pro	500 Expl.
238	Mitbestimmung	500 Expl.	29,— pro	500 Expl.
239	Vermögensbildung	500 Expl.	29,— pro	500 Expl.
278	Verfassung der Freiheit	500 Expl.	24,— pro	500 Expl.
2328	Offensive für die Frau	500 Expl.	19,50 pro	500 Expl.
<b>Broschüren</b>				
86	Die Geschichte der CDU	25 Expl.	0,45 pro	Expl.
100	CDU-Statut, Finanzordnung	20 Expl.	0,35 pro	Expl.
226	Die CDU-Deutschlands — Aufbau und Organisation	20 Expl.	0,21 pro	Expl.
243	Materialien zur Grundsatzarbeit der CDU	20 Expl.	0,20 pro	Expl.
246	Berliner Programm	20 Expl.	0,26 pro	Expl.
247	Prof. Biedenkopf: Die Politik der Unionsparteien	20 Expl.	0,25 pro	Expl.
275	Prof. Biedenkopf: Vortrag auf dem Wirtschaftstag '74	20 Expl.	0,30 pro	Expl.
310	Helmut Kohl: CDU und Gewerkschaften	20 Expl.	0,29 pro	Expl.
3329	Prof. Biedenkopf: Stellungnahme zum Orientierungsrahmen '85 der SPD	20 Expl.	0,16 pro	Expl.
3330	Helmut Kohl: Mut für eine politische Zukunft	20 Expl.	0,30 pro	Expl.
3342	Helmut Kohl: „Bonn wird nicht Weimar“; Bundestagsrede in der Debatte zur Inneren Sicherheit <b>NEU</b>	20 Expl.	0,16 pro	Expl.
<b>Broschüren zur Parteiarbeit</b>				
94	Regiebuch 1: Mitgliederwerbung	25 Expl.	1,— pro	Expl.
95	Regiebuch 2: Neubürgerbetreuung	25 Expl.	1,— pro	Expl.
140	Regiebuch 3: Mitgliederinitiativen	25 Expl.	1,— pro	Expl.
177	Regiebuch 4: Wahlkampf	25 Expl.	1,— pro	Expl.
320	Regiebuch 5: Kommunalwahl	25 Expl.	0,69 pro	Expl.

Best.- Nr.	Titel	Mindest- abnahme	Preis DM
<b>Broschüren-Serie: Argumente-Dokumente-Materialien</b>			
118	Konzept der CDU für Umweltvorsorge	25 Expl.	0,32 pro Expl.
158	Beschlüsse der CDU zur Strukturpolitik	25 Expl.	0,29 pro Expl.
258	Schul- und Hochschulreform- programm der CDU	25 Expl.	0,40 pro Expl.
294	Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst	25 Expl.	0,55 pro Expl.
307	Agrarpolitik in einer freien Gesellschaft	25 Expl.	0,36 pro Expl.
315	Sportprogramm der CDU	25 Expl.	0,23 pro Expl.
319	Jugendpolitische Leitsätze der CDU	25 Expl.	0,11 pro Expl.
5322	Verwaltung und öffentlicher Dienst	25 Expl.	0,28 pro Expl.
5323	Die Jungsozialisten	25 Expl.	0,16 pro Expl.
5324	Versprochen — nicht gehalten; Bilanz der Linkskoalition	25 Expl.	0,13 pro Expl.
5327	„Die Familie — unsere Zukunft“; Beiträge vom Familienpolitischen Kongreß in Münster	25 Expl.	0,75 pro Expl.
5333	„Offensive für die Frau“; Partnerschaft in Familie und Gesellschaft	25 Expl.	0,11 pro Expl.
5334	„Mehr Sicherheit in Freiheit“ <b>NEU</b> ; „Beiträge zur Verteidigungspolitik auf dem Sicherheitspolitischen Kongreß in Koblenz	25 Expl.	0,74 pro Expl.
5336	„Arbeitslosigkeit, Inflation und Rezession“; Bilanz einer gescheiterten Politik <b>NEU</b>	25 Expl.	0,11 pro Expl.
5339	„Partnerschaft in Familie und Gesellschaft“; Beiträge von der 9. Bundesdelegiertentagung der CDU-Frauenvereinigung in Dortmund <b>NEU</b>	25 Expl.	0,38 pro Expl.
5344	Berufsbildung-Bildungschance mit Zukunft; Referate und Ergebnisse vom Berufsbildungskongreß in Saarbrücken <b>NEU</b>	25 Expl.	0,75 pro Expl.
5345	Das Programm der CDU gegen die Jugendarbeitslosigkeit <b>NEU</b>	25 Expl.	0,11 pro Expl.
5347	Inflation gefährdet Wirtschaft und Gesellschaft <b>NEU</b>	25 Expl.	0,26 pro Expl.

Best.- Nr.	Titel	Mindest- abnahme	Preis DM	
<b>Argumentationskarten</b>				
187	Karlsruher Urteil zum Grundvertrag	100 Expl.	3,— pro	100 Expl.
188	Radikale	100 Expl.	3,— pro	100 Expl.
195	Verbraucherpolitik	100 Expl.	3,— pro	100 Expl.
198	Godesberger Programm	100 Expl.	3,— pro	100 Expl.
232	Bodenrecht	100 Expl.	4,— pro	100 Expl.
233	Berufliche Bildung	100 Expl.	4,— pro	100 Expl.
248	Gesellschaftspolitik	100 Expl.	4,— pro	100 Expl.
260	Umweltschutz	100 Expl.	3,— pro	100 Expl.
266	Energiepolitik	100 Expl.	4,— pro	100 Expl.
290	Sicherheitspolitik	100 Expl.	3,— pro	100 Expl.
291	Agrarpolitik	100 Expl.	3,— pro	100 Expl.
292	Frauen	100 Expl.	3,— pro	100 Expl.
293	Bildungsinhalte	100 Expl.	3,— pro	100 Expl.
298	Bundesrat	100 Expl.	3,— pro	100 Expl.
299	Numerus clausus	100 Expl.	3,— pro	100 Expl.
300	Familienprogramm	100 Expl.	3,— pro	100 Expl.
306	Mutter und Kind	100 Expl.	3,— pro	100 Expl.
6325	Steuerreform	100 Expl.	3,— pro	100 Expl.
6332	Erziehungsgeld/Partner-Rente	100 Expl.	3,— pro	100 Expl.
6337	Wirtschaftspolitik <b>NEU</b>	100 Expl.	4,— pro	100 Expl.
6343	Vermögenspolitik <b>NEU</b>	100 Expl.	3,— pro	100 Expl.
6346	Kommunalpolitik <b>NEU</b>	100 Expl.	3,— pro	100 Expl.
6000	Satz Argumentationskarten	10 Satz	1,— pro Satz	
<b>Wandzeitungen und Poster</b>				
295	Steuerreform	25 Expl.	4,— pro	25 Expl.
321	Arbeitslosigkeit und Inflation	25 Expl.	4,— pro	25 Expl.
7331	Offensive für die Frau	25 Expl.	6,— pro	25 Expl.
7338	Unsere Zukunft steht auf dem Spiel <b>NEU</b>	25 Expl.	4,— pro	25 Expl.
311	Poster DIN A 0 — Opa erzählt das Märchen von Fürst Brandur dem Willygen	50 Expl.	57,56 pro	100 Expl.
<b>Rednerankündigungsplakate</b>				
271	Vierfarbplakat Carstens, DIN A 0	50 Expl.	77,— pro	100 Expl.
287	Vierfarbplakat Carstens, DIN A 1	50 Expl.	45,— pro	100 Expl.
272	Vierfarbplakat Biedenkopf, DIN A 0	50 Expl.	77,— pro	100 Expl.
288	Vierfarbplakat Biedenkopf, DIN A 1	50 Expl.	45,— pro	100 Expl.
308	Vierfarbplakat Kohl, DIN A 1	50 Expl.	45,— pro	100 Expl.
317	Vierfarbplakat Kohl, DIN A 0	50 Expl.	77,— pro	100 Expl.
8000	Rahmenplakat DIN A 0	50 Expl.	40,— pro	100 Expl.

Best.- Nr.	Titel	Mindest- abnahme	Preis DM
8001	Rahmenplakat DIN A 1	50 Expl.	30,— pro 100 Expl.
8002	Rahmenplakat DIN A 2	50 Expl.	20,— pro 100 Expl.
<b>Kleinwerbemittel</b>			
145	CDU-Autoaufkleber	100 Expl.	10,— pro 100 Expl.
270	CDU-Autoaufkleber — Fahren mit Vernunft —	100 Expl.	5,— pro 100 Expl.
146	Schlüsselanhänger	100 Expl.	23,— pro 100 Expl.
302	Kugelschreiber weiß, mit rotem CDU-Aufdruck, mit Metallclip	100 St.	180,— pro 1 000 St.
303	Papierfähnchen weiß, mit rotem CDU-Aufdruck	1 000 St.	43,60 pro 1 000 St.
304	Luftballons, bunt sortiert, mit schwarzem CDU-Aufdruck	1 000 St.	61,— pro 1 000 St.
305	Kunststoff-Tragetaschen, weiß, mit rotem CDU-Aufdruck	1 000 St.	31,— pro 1 000 St.
9082	CDU-Button mit Sicherheitsnadel	100 St.	10,50 pro 100 St.
<b>Diverses</b>			
0316	Willkommen-Scheckhefte für Neumitglieder	50 Expl.	0,29 pro Expl.
148	CDU-Anstecknadel (blau mit CDU-Signet, Silber)	100 Expl.	27,— pro 100 Expl.
155	CDU-Abzeichen mit Silberkranz für 25jährige Mitgliedschaft mit Anstecknadel	25 Expl.	13,75 pro 25 Expl.
264	CDU-Abzeichen mit Silberkranz für 25jährige Mitgliedschaft mit Sicherheitsnadel (für Damen)	25 Expl.	16,— pro 25 Expl.
178	Sonnenschirm mit Fuß		53,—
208	Ehrenurkunde für 25jährige Mitgliedschaft	25 Expl.	0,40 pro Expl.
301	Ordner-Armbinden, weiß, mit schwarzem Aufdruck „Ordner“	50 Expl.	0,50 pro Expl.
0016	Presseinformationsmappen — ohne Inhalt	50 Expl.	0,50 pro Expl.
0018	Canvassing-Stand		85,—

**Bestellungen an das IS-Versandzentrum, 483 Gütersloh 1,  
Postfach 6666, Telex 933753 isver v. d.**

Alle Preise verstehen sich inklusive Verpackungskosten zuzüglich Porto- bzw. Frachtkosten und Mehrwertsteuer.

## ZITAT

### Onkel Herbert ist einsam

„Mit der Wahl des auch bei der Opposition angesehenen bisherigen Parlamentarischen Staatssekretärs im Verteidigungsministerium, Karl Wilhelm Berkhan, zum neuen Wehrbeauftragten haben die Bonner Koalitionsparteien eine peinliche Situation aus der Welt schaffen können. Sie war dadurch entstanden, daß beim ersten geheimen Wahlgang zahlreiche SPD-Abgeordnete dem von der Mehrheit der Fraktion vorgeschlagenen und dem rechten Flügel angehörenden Militärexperten Werner Buchstaller die Gefolgschaft versagten.

Dieser Bruch der Solidarität führte zu erbitterten Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Gruppen in der SPD-Fraktion. Dabei wurde auch die Frage diskutiert, von Bundeskanzler Helmut Schmidt ebenso wie von Herbert Wehner, ob der Fraktionsvorsitzende unter solchen Umständen überhaupt noch im Amt bleiben könne. Nach versöhnlichen Worten des Kanzlers und nach einigen Temperamentsausbrüchen beendete Herbert Wehner diese Diskussion mit der Feststellung, er werde seine Partei vor den kommenden Landtagswahlen und vor der Bundestagswahl nicht im Stich lassen.

Da nun keiner der denkbaren Nachfolger — Bundesgeschäftsführer Holger

### Anschrift:

Börner, der Wirtschaftsfachmann Herbert Ehrenberg, die Bundesminister Helmut Rohde, Hans Apel oder Karl Ravens oder gar Willy Brandt selbst — bei der im Mai fälligen Neuwahl gegen Herbert Wehner antreten wird, steht dessen Wiederwahl als Fraktionsvorsitzender trotz vieler Bedenken fest.

Es war nun schon das zweite Mal in dieser Legislaturperiode, daß Wehners Rücktritt offen gehandelt wurde. Zum ersten Mal kam der Fraktionschef ins Gerede, als er im Herbst 1973 während seiner Rußland-Reise den damaligen Bundeskanzler Brandt hart attackierte und damit den Kanzlersturz vorbereitete. Brandt weiß heute, daß er damals die Fraktion vor die Entscheidung hätte stellen müssen, zwischen ihm und Wehner zu wählen. Aber er wollte seiner Partei eine Zerreißprobe ersparen, die gewiß zu seinen Gunsten ausgefallen wäre.

Seitdem ist es um Herbert Wehner immer einsamer geworden. Er selbst hat sich von seinen früheren Freunden losgesagt und mißtraut fast allen anderen Menschen. Das Ergebnis: Führungsfehler schleichen sich ein. Der Fall Buchstaller ist ein Beispiel.“

Conrad Ahlers in „stern“, 26. März 1975

**Union in Deutschland** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH., 53 Bonn, Argelanderstraße 175, Telefon 22 00 40. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun, **Bankverbindung:** Commerzbank Bonn Nr. 1124 932, Postscheckkonto Köln 193 795. **Abonnementspreis** vierteljährlich 9,— DM. **Einzelpreis** 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

**UjD**